

Von der Beraterrepublik zur gut beratenen Republik

Politiker, Wissenschaftler und Journalisten diskutieren über die Zukunft der Politikberatung in Deutschland

Eingebunden in ein Umfeld globaler Verflechtung sehen sich politische Akteure heute mehr denn je mit komplexen Gestaltungsaufgaben konfrontiert. Gerade unter den Bedingungen der modernen Wissensgesellschaft ist damit "gutes Regieren" zunehmend abhängig von fundierter Expertise und externem Rat. Doch wird der Wissenschaft von der Politik häufig "Beratungsunfähigkeit" unterstellt, während viele Wissenschaftler die Politik für "beratungsresistent" halten.

Vor diesem Hintergrund ging die Konferenz "Von der Beraterrepublik zur gut beratenen Republik" in der letzten Woche in Berlin der Frage nach, welche Anforderungen wirksame Politikberatung erfüllen muss. Rund 180 Teilnehmer aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Beratung und Medien diskutierten Zustand und Perspektiven der Politikberatung in Deutschland in diversen Plenums- und Workshop-Formaten.

In seiner Einführung betonte Frank Frick, Leiter des Programms "Good Governance", dass es um Politikberatung in Deutschland nicht grundsätzlich schlecht bestellt sei. Der Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung, Gunter Thielen, nahm in seiner Key Note diesen Faden auf und konstatierte: "Das Potential für eine gut beratene Republik scheint noch nicht ausgeschöpft, sowohl auf der Seite der Politik als auch auf der Seite der Politikberatung." Gefragt seien zunehmend "stärker auf Teilhabe ausgerichtete Verfahren": „Mehr Dialog zwischen Politik und Gesellschaft" verbessere nicht nur "die Legitimation politischer Entscheidungen". Die Einbeziehung von gesellschaftlichen Akteuren könnte auch die Ergebnisqualität von Politik steigern.

Volker Perthes, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), hatte zuvor argumentiert, dass das Potential guter Politikberatung "weniger eine Frage ihres Umfangs oder der Zahl ihrer Anbieter" sei, sondern "ihrer Qualität und ihrer Anschlussfähigkeit an die Politik". Der Wissenschaft falle es manchmal schwer, die eigene Erkenntnisorientierung mit den Logiken der Politik in Einklang zu bringen. "Erfolgreichen Beratern", ergänzte Leonard Novy, "gelänge es, ihr Expertenwissen in das operative Denken des Entscheiders zu überführen, ohne die Substanz und empirische Tragfähigkeit ihrer Argumentation zu kompromittieren". Der Chef des Bundeskanzleramts Thomas de Maizière betonte in seiner Key Note: "Gute Politikberatung und gute Politik sollten getrennte Bereiche bleiben, aber nicht in getrennten Welten leben". Rita Süßmuth machte in einem Beitrag deutlich, dass Kommissionen niemals politische Entscheidungen von Parlamenten ersetzen könnten. Die von ihr geleitete Zuwanderungskommission habe deshalb einen Beitrag dazu geleistet, dass "die Öffentlichkeit sich der Problematik bewusst wurde".

Neben der fachpolitischen Beratung drehte sich die Veranstaltung immer wieder um die Vermittlung von Politik. Die Mehrzahl der Referenten zeigte sich überzeugt, dass Politikberatung in der Mediendemokratie zusehends auch die kommunikativen Anforderungen mitdenken muss. Politikberatung dürfe nicht nur Sachkompetenz einbringen, sondern müsse auch strategische Überlegungen in ihre Leistungsangebote einbeziehen. "Strategische Beratung hat Zukunft", so Heinrich Tiemann, Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Er machte deutlich, dass die Planungsstäbe der Ministerien für diese Beratungsformen neu aufgestellt werden müssten. Erfolgreiche Konzepte lassen sich nicht einfach aus dem Ausland importieren. So stellte Matthias Machnig,

Staatssekretär aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, mit Blick auf das Wahlkampfteam von US-Präsidenten Barack Obama ernüchternd fest: "Ich sehe keinen David Axelrod in Deutschland, ich sehe keinen David Plouffe".

Im Workstream loteten der Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen Claus Leggewie, der Bundesgeschäftsführer der FDP Hans-Jürgen Beerfeltz und weitere Referenten aus, wie sich die "Weisheit der Vielen" ("Wisdom of the crowds") in den politischen Meinungsbildungsprozess einspeisen lässt. Der Workstream II "Macht ohne Mandat" - Kommerzielle Politikberatung, Lobbying und öffentliches Interesse" widmete sich unter Beteiligung der ehemaligen Gesundheitsministerin Andrea Fischer dem schmalen Grat zwischen Politikberatung und interessengeleitetem Lobbyismus. Im von Elisabeth Niejahr (Die ZEIT) moderierten dritten Workstream stand die Frage nach der Übertragbarkeit und Grenzen von "Evidence-based Policy-making" im Zentrum der Diskussionen.